



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

19. März 2021

# Wochenbericht KW 11

forsa | Kantar | infratest dimap

---

Wähleranteile:	Union bei 29 % bzw. 27 %, SPD bei 17 % bzw. 16 % Grüne zwischen 22 % und 20 %, AfD bei 11 % bzw. 10 %
Regierungszufriedenheit:	Anteil derjenigen, die die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewerten, auf tiefstem Stand seit März 2020
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Beurteilung der Bundesregierung bei vielen Aufgaben teils deutlich negativer Handlungsbedarf wird vor allem bei bezahlbarem Wohnraum und in der Pflege gesehen
Allgemeine Lebenslage:	Erstmals seit Februar 2020 ist der Anteil derjenigen, die die Entwicklung im Land negativ sehen wieder höher als der Anteil, der optimistisch ist Hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität und Gesundheitsversorgung
Wichtigste Themen:	Coronavirus / Wahlen/Wahlkämpfe in Deutschland

---

Steffen Seibert

## Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Kantar <sup>1</sup> für BamS	infratest dimap <sup>2</sup> für ARD
CDU/CSU	29 (-4)	27 (-4)	29 (-4)
SPD	16 (-)	17 (+1)	17 (+1)
FDP	8 (-)	10 (+2)	9 (+2)
DIE LINKE	8 (-)	8 (-)	7 (-)
B'90/Grüne	21 (+3)	22 (+3)	20 (-)
AfD	10 (-)	10 (-1)	11 (-)
Sonstige	8 (+1)	6 (-1)	7 (+1)
Erhebungszeitraum	09.-15.03.	11.-17.03.	15.-17.03.

Die Union liegt bei forsa 13 (-4), bei infratest dimap 12 (-5) und bei Kantar 10 (-5) Prozentpunkte vor der SPD.

Kantar sieht die Union bei 27 %, die Grünen bei 22 %. Dies ist der niedrigste bzw. höchste von diesem Institut gemessene Wert seit März 2020. Die FDP liegt bei 10 % - dies ist der höchste Wert seit November 2019.

(Zeitreihen: [forsa](#), [Kantar](#), [infratest dimap](#))

## Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Markus Söder	36 (-1)
Olaf Scholz	15 (-)
Robert Habeck	20 (+2)
keinen davon	29 (-1)
Erhebungszeitraum	09.-15.03.

Markus Söder liegt bei der Kanzlerpräferenz mit 21 (-1) Prozentpunkten Abstand deutlich vor Olaf Scholz und mit 16 (-3) Prozentpunkten deutlich vor Robert Habeck.

([Zeitreihe](#))

Armin Laschet	21 (-1)
Olaf Scholz	20 (-)
Robert Habeck	22 (+1)
keinen davon	37 (-)
Erhebungszeitraum	09.-15.03.

Armin Laschet liegt bei der Kanzlerpräferenz nur noch einen Prozentpunkt (-1) vor Olaf Scholz und erstmals seit Erhebungsbeginn im Januar 2021 mit einem Prozentpunkt (-2) hinter Robert Habeck.

([Zeitreihe](#))

<sup>1</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (21.03.2021)

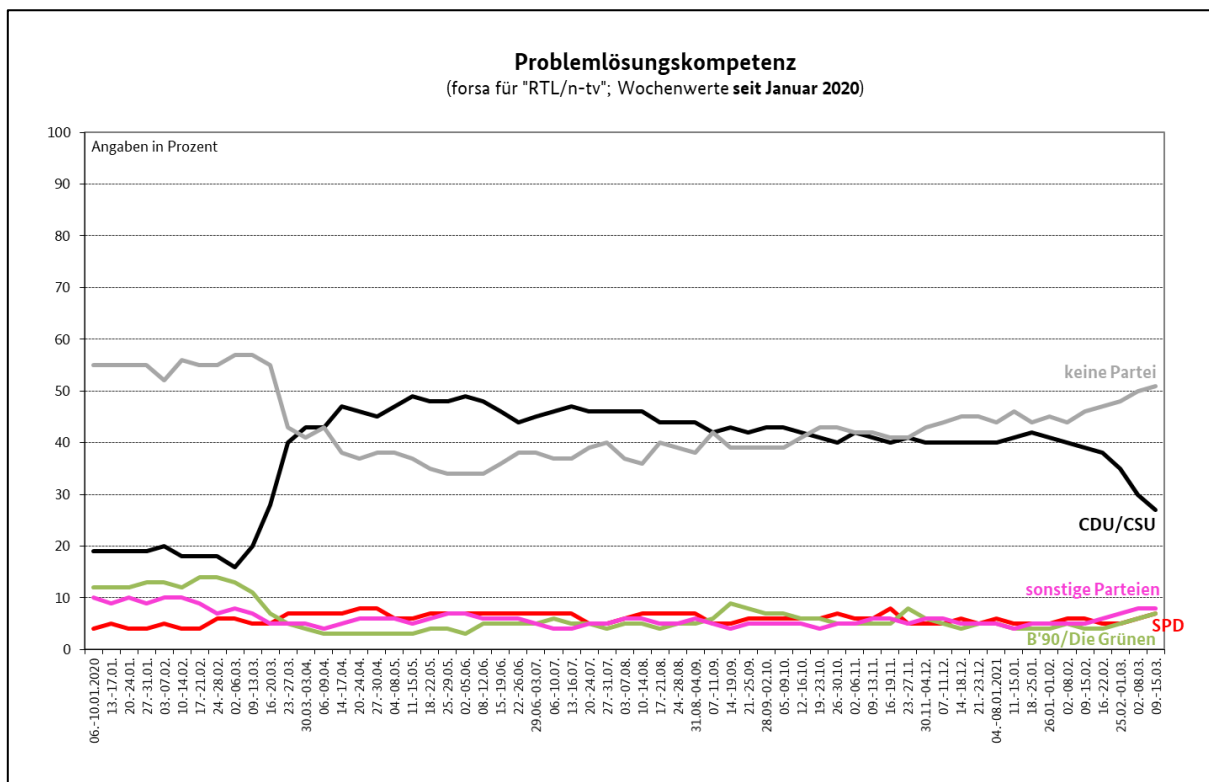
<sup>2</sup> im Vergleich zur KW 9

## Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	27	(-3)
SPD	7	(+1)
Grüne	7	(+1)
sonstige Parteien	8	(-)
keine Partei	51	(+1)
Erhebungszeitraum	09.-15.03.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, verliert die Union weiter an Zustimmung und befindet sich nun auf einem ähnlichen Niveau wie am Anfang der Corona-Krise Mitte März 2020 – dies gilt auch für den Anteil derjenigen, die die Lösung der Probleme keiner Partei zutrauen.



## Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD insgesamt im März 2021

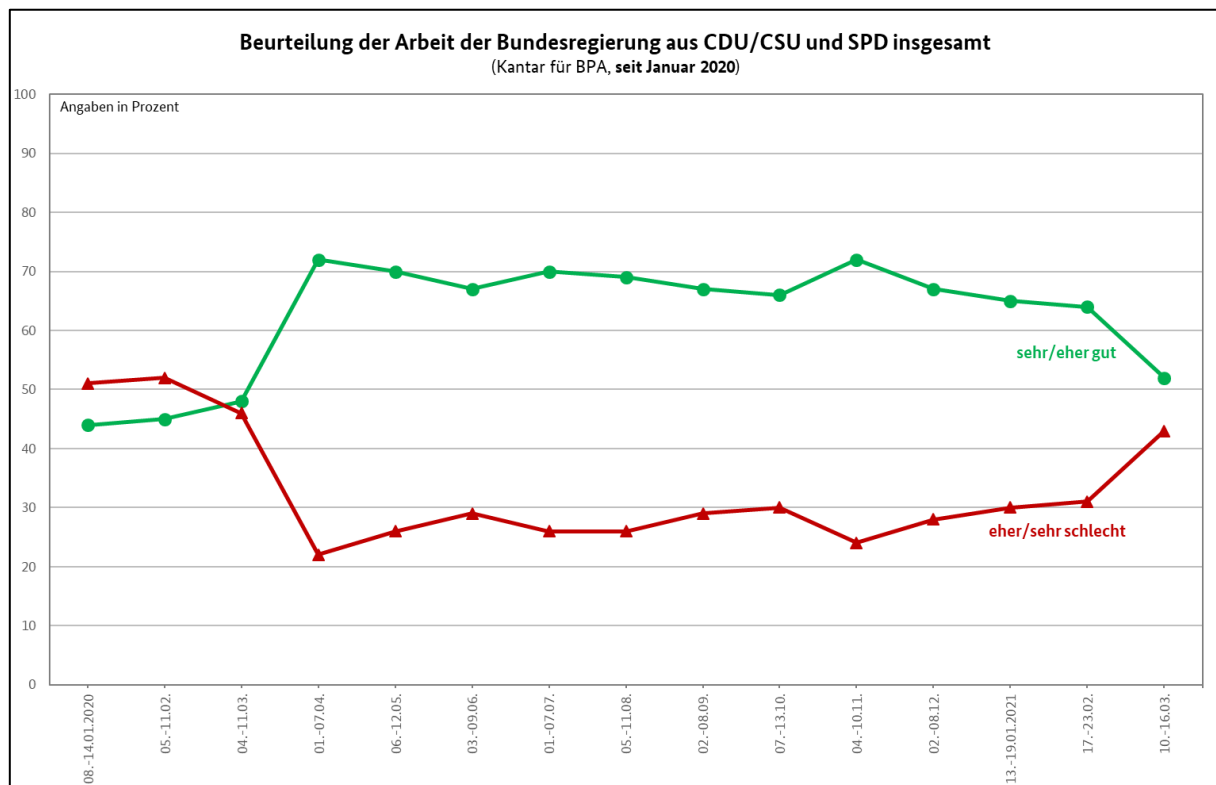
Angaben in Prozent, im Vergleich zu Februar 2021

	Kantar für BPA
sehr gut	3 (-2)
eher gut	48 (-11)
eher schlecht	30 (+8)
sehr schlecht	13 (+4)
Erhebungszeitraum	10.-16.03.

Der Anteil derjenigen, die die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewerten, ist im Vergleich zur letzten Erhebung deutlich gesunken. Der Wert von 52 % ist der niedrigste seit März 2020.

Anhänger der Union (83 %) und der SPD (64 %) bewerten die Arbeit der Bundesregierung überdurchschnittlich oft als sehr bzw. eher gut.

Hingegen beurteilen Ostdeutsche (56 %) und 40- bis 59-Jährige (55 %) sowie Anhänger der AfD (92 %), der FDP (79 %) und der Linkspartei (68 %) die Arbeit der Bundesregierung überdurchschnittlich häufig als eher bzw. sehr schlecht. Männer sind häufiger unzufrieden als Frauen (48 % zu 39 %).



## Wichtigkeit politischer Aufgaben im März 2021

Kantar für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Februar 2021

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	76 (-1)	22 (+1)	1 (+1)	0 (-1)
Bedingungen der Pflege verbessern	65 (-3)	31 (+3)	2 (-)	0 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	61 (+1)	35 (+1)	3 (-2)	0 (-2)
Altersversorgung langfristig sichern	60 (-4)	36 (+3)	3 (-)	0 (-1)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	59 (+4)	35 (-2)	4 (-1)	1 (-1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	57 (+3)	37 (-4)	4 (-)	1 (-)
Steuerlast gerecht verteilen	53 (-)	40 (-)	4 (-1)	2 (+1)
Gesundheitswesen modernisieren	53 (-2)	37 (-)	7 (+1)	1 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	49 (-1)	42 (-)	8 (+1)	1 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	46 (-1)	46 (+3)	6 (-)	1 (-1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	46 (-3)	46 (+4)	6 (-1)	1 (-)
neue Technologien fördern	42 (-1)	46 (-)	9 (+1)	2 (+1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	39 (-1)	46 (+3)	12 (-2)	2 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	39 (-1)	39 (-1)	18 (+1)	3 (+1)
Energiewende zügig vorantreiben	36 (-)	43 (+1)	16 (+1)	3 (-2)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	34 (-2)	49 (+4)	9 (-3)	5 (-)
deutsche Interessen in der EU vertreten	33 (-)	52 (-)	13 (+2)	2 (-1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	31 (-)	47 (-1)	15 (+1)	4 (-2)
Verbraucherschutz stärken	27 (-1)	55 (+2)	15 (-)	2 (-)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	25 (-1)	57 (-1)	13 (+1)	2 (+1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	25 (+2)	49 (-4)	20 (+1)	4 (-)
Staatsschulden begrenzen	23 (-2)	48 (+2)	23 (+3)	4 (-1)
Erhebungszeitraum	10.-16.03.			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe. Unter 50-Jährige finden sie häufiger sehr wichtig als über 50-Jährige (81 % zu 71 %) und Personen mit hoher bzw. mittlerer formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (80 % zu 69 %).

Die Aufgabe "Bedingungen der Pflege verbessern" wird von 40- bis 49-Jährigen (73 %) und Personen mit mittlerer formaler Bildung (71 %) sowie Anhängern der Linkspartei (88 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen. Frauen finden sie häufiger sehr wichtig als Männer (75 % zu 54 %).

Der Umwelt- bzw. Klimaschutz ist für unter 30-Jährige (73 %) sowie Anhänger der Grünen (82 %), der Linkspartei (80 %) und der SPD (71 %) besonders wichtig.

## Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im März 2021

Kantar für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Februar 2021

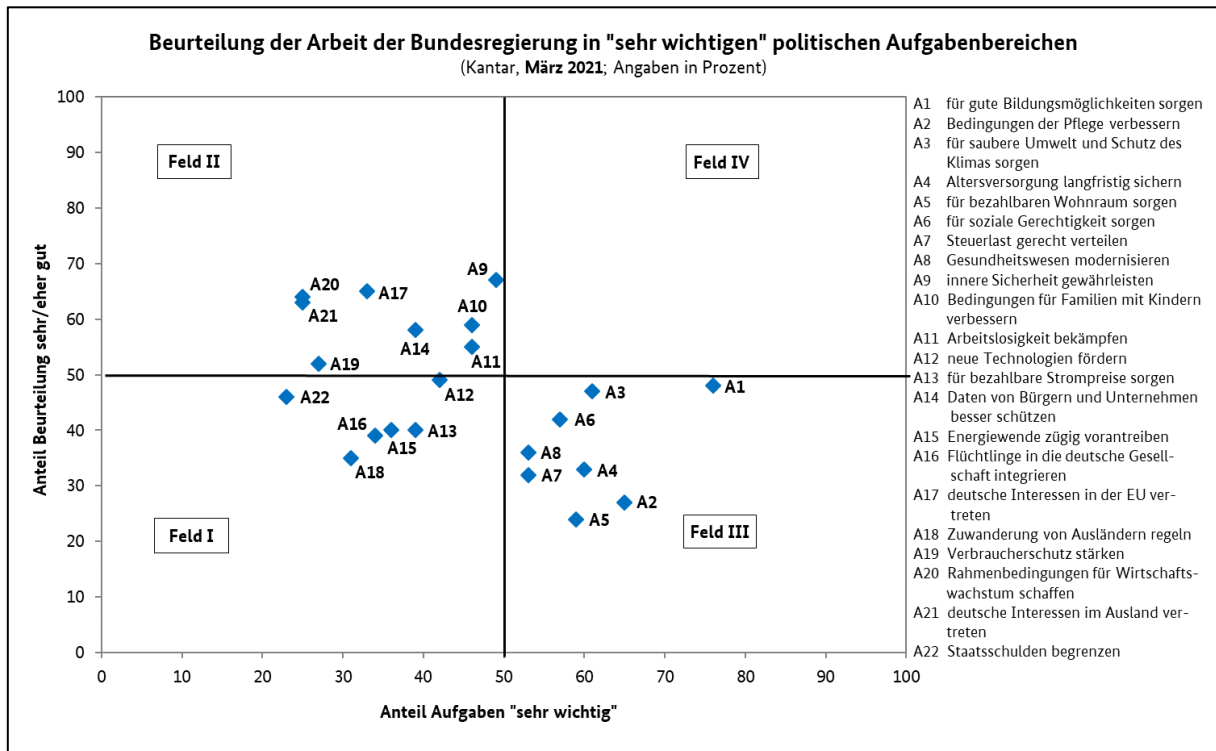
politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
innere Sicherheit gewährleisten	67 (-2)	29 (+2)
deutsche Interessen in der EU vertreten	65 (-1)	30 (+5)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	64 (+1)	28 (-1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	63 (-4)	30 (+6)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	59 (+1)	37 (+1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	58 (-2)	37 (+5)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	55 (-3)	40 (+3)
Verbraucherschutz stärken	52 (-10)	40 (+10)
neue Technologien fördern	49 (-4)	46 (+6)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	48 (-2)	50 (+3)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	47 (+4)	50 (-4)
Staatsschulden begrenzen	46 (-)	45 (+1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	42 (-3)	55 (+3)
für bezahlbare Strompreise sorgen	40 (-6)	52 (+6)
Energiewende zügig vorantreiben	40 (+1)	55 (-1)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	39 (-1)	57 (+3)
Gesundheitswesen modernisieren	36 (-7)	59 (+6)
Zuwanderung von Ausländern regeln	35 (-2)	60 (+3)
Altersversorgung langfristig sichern	33 (-5)	61 (+4)
Steuerlast gerecht verteilen	32 (+1)	64 (-)
Bedingungen der Pflege verbessern	27 (-1)	69 (+1)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	24 (-4)	71 (+4)
Erhebungszeitraum	10.-16.03.	

In lediglich 8 von 22 Politikfeldern bewertet jeweils eine Mehrheit die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Hingegen wird sie in 12 Bereichen mindestens von der Hälfte eher negativ beurteilt.

Im Vergleich zum Vormonat ist in vielen Politikfeldern der Anteil der Bundesbürger, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, teils deutlich gesunken. Dies gilt besonders für den Bereich "Verbraucherschutz stärken" (-10 Prozentpunkte).

## Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in "sehr wichtigen" politischen Aufgabenbereichen im März 2021

Setzt man die sehr bzw. eher gute Beurteilung der Regierungsarbeit in einzelnen politischen Aufgabenbereichen ins Verhältnis zur Einschätzung dieser Aufgaben als „sehr wichtig“, so erhält man eine **Vier-Felder-Tafel**, aus der sich Stärken und Schwächen der Regierungsarbeit aus Sicht der Bundesbürger entnehmen lassen.



Im **Feld I** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, mit denen die Bundesbürger zwar bezogen auf die Regierungsarbeit nicht zufrieden sind, die jedoch auch nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ betrachtet werden.

Im **Feld II** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, in denen die Bundesbürger der Regierungspolitik zwar mehrheitlich eine gute Beurteilung aussprechen, die aber nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ eingestuft werden.

Im **Feld III** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die von den Bundesbürgern mehrheitlich als „sehr wichtig“ betrachtet werden, in denen aber nur weniger als die Hälfte der Deutschen die Regierungsarbeit positiv beurteilt. Handlungsbedarf sehen die Bundesbürger somit vor allem in den Aufgabenbereichen "für bezahlbaren Wohnraum sorgen" (A5) und "Bedingungen der Pflege verbessern" (A2), bei der gerechten Verteilung der Steuerlast (A7), bei der langfristigen Sicherung der Altersversorgung (A4), in den Aufgabenbereichen "Gesundheitswesen modernisieren" (A8) und "für soziale Gerechtigkeit sorgen" (A6), beim Umwelt- und Klimaschutz (A3) und im Aufgabenbereich "für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen" (A1).

Im **Feld IV** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die den Bundesbürgern mehrheitlich wichtig sind und bei denen sie auch die Regierungspolitik positiv beurteilen. In diesem Monat sind hier – wie auch in der letzten Erhebung – **keine** Aufgabenbereiche vertreten.

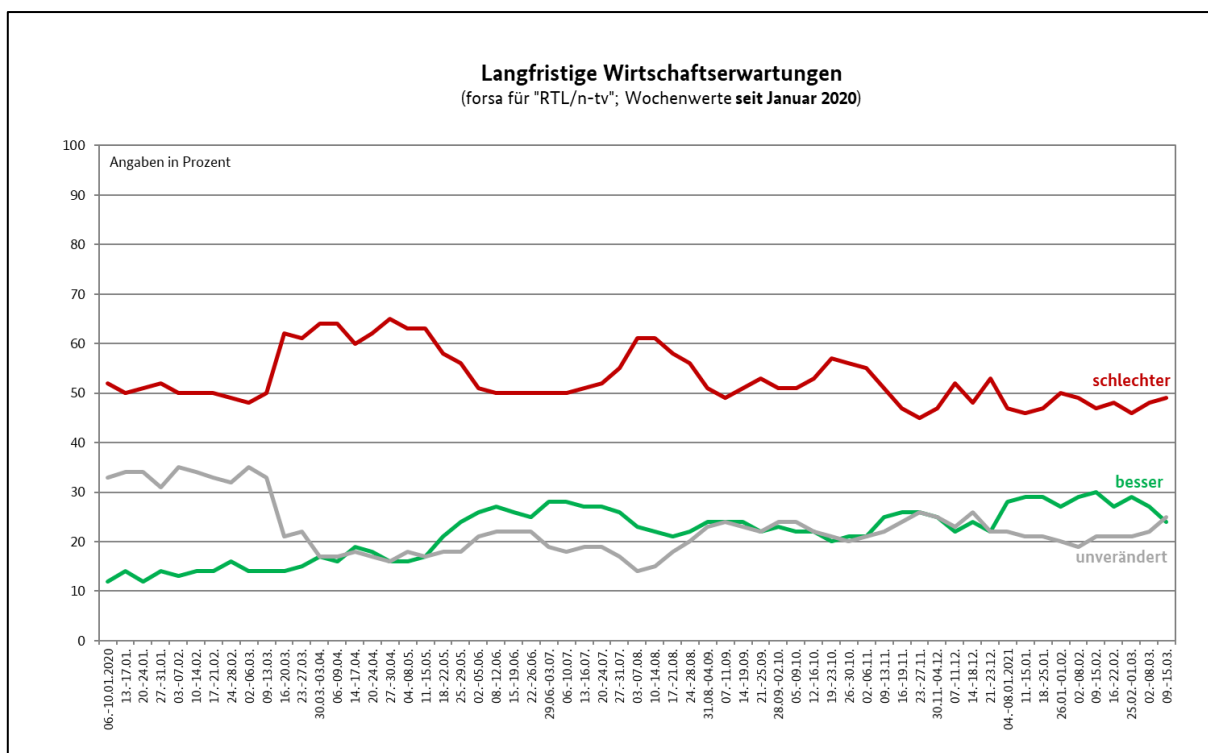
## Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	24	(-3)
schlechter	49	(+1)
unverändert	25	(+3)
Erhebungszeitraum	09.-15.03.	

Nur knapp ein Viertel der Bundesbürger rechnet damit, dass sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren verbessern werden.

Fast die Hälfte der Bevölkerung rechnet weiterhin mit einer Verschlechterung der ökonomischen Lage.





## ● Entwicklung im Land

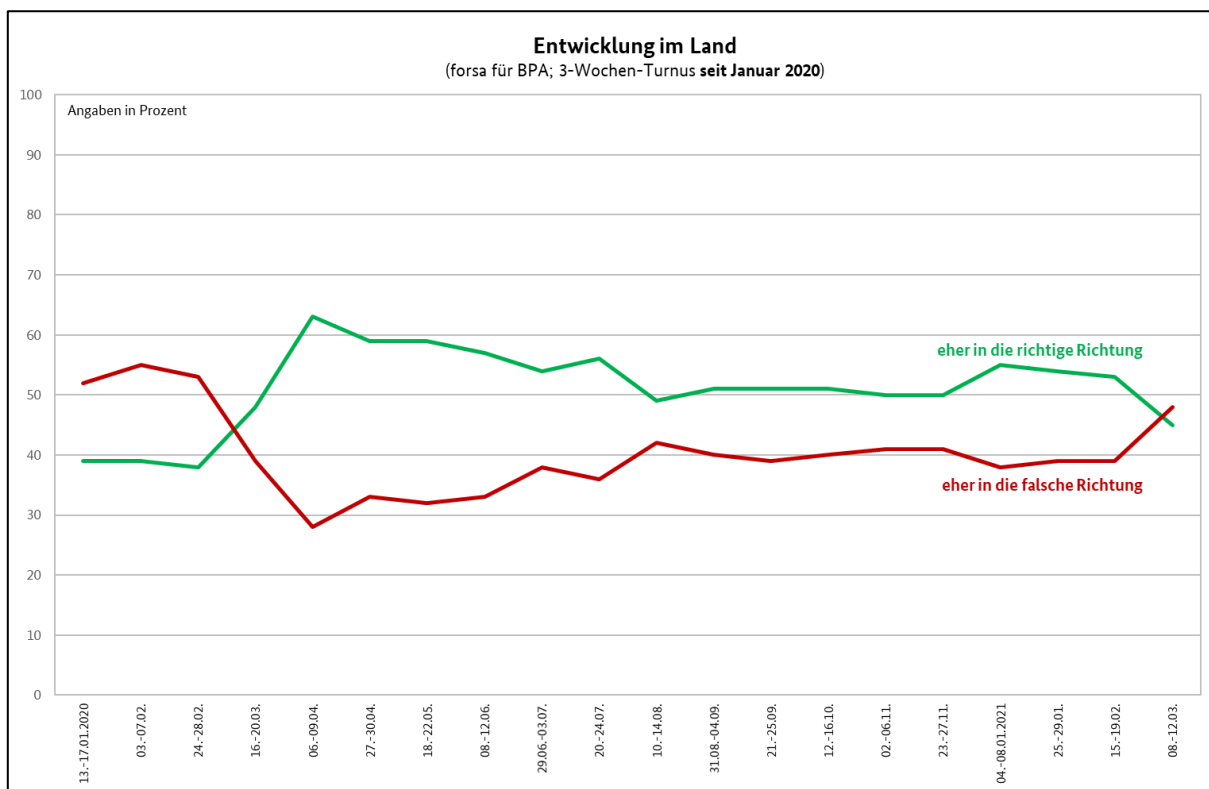
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 8

Die Dinge entwickeln sich ...	forsa für BPA
eher in die richtige Richtung	45 (-8)
eher in die falsche Richtung	48 (+9)
Erhebungszeitraum	08.-12.03.

Der Anteil derjenigen, für die die Entwicklung im Land eher in die falsche Richtung geht, ist auf den höchsten Stand seit Februar 2020 gestiegen und liegt nun wieder vor dem Anteil, der glaubt, dass sich die Dinge eher in die richtige Richtung entwickeln.

Personen mit mittlerer formaler Bildung (58 %) und 30- bis 59-Jährige (54 %) sowie Anhänger der AfD (95 %), der FDP (69 %) und der Linkspartei (62 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die falsche Richtung geht.

Für Anhänger der Union (66 %) und der SPD (59 %) geht die Entwicklung hingegen überdurchschnittlich oft eher in die richtige Richtung.



## Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 8

Wie zufrieden sind Sie mit der/dem ...?	(sehr) zufrieden	weniger bzw. gar nicht zufrieden
Lebensqualität	86 (-)	13 (-)
Gesundheitsversorgung	78 (-3)	22 (+3)
Lage am Arbeitsmarkt	60 (-)	32 (-1)
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	56 (-1)	41 (-)
Umwelt- und Klimaschutz	40 (+1)	59 (-1)
Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	38 (+2)	56 (-4)
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	37 (-3)	54 (+3)
Versorgung von Pflegebedürftigen	37 (-1)	58 (+1)
Sicherung der Altersversorgung	37 (-1)	60 (-1)
Integration von Zuwanderern und Ausländern	35 (+2)	60 (-3)
Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	35 (-2)	63 (+1)
Schul- und Bildungssystem	34 (+1)	63 (-1)
Erhebungszeitraum	08.-12.03.	

Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger zeigt sich mit der Lebensqualität (86 %), der Gesundheitsversorgung (78 %), der Lage am Arbeitsmarkt (60 %) und dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität (56 %) zufrieden oder sehr zufrieden. In acht von zwölf Bereichen ist mindestens die Hälfte der Bevölkerung hingegen weniger bzw. gar nicht zufrieden.

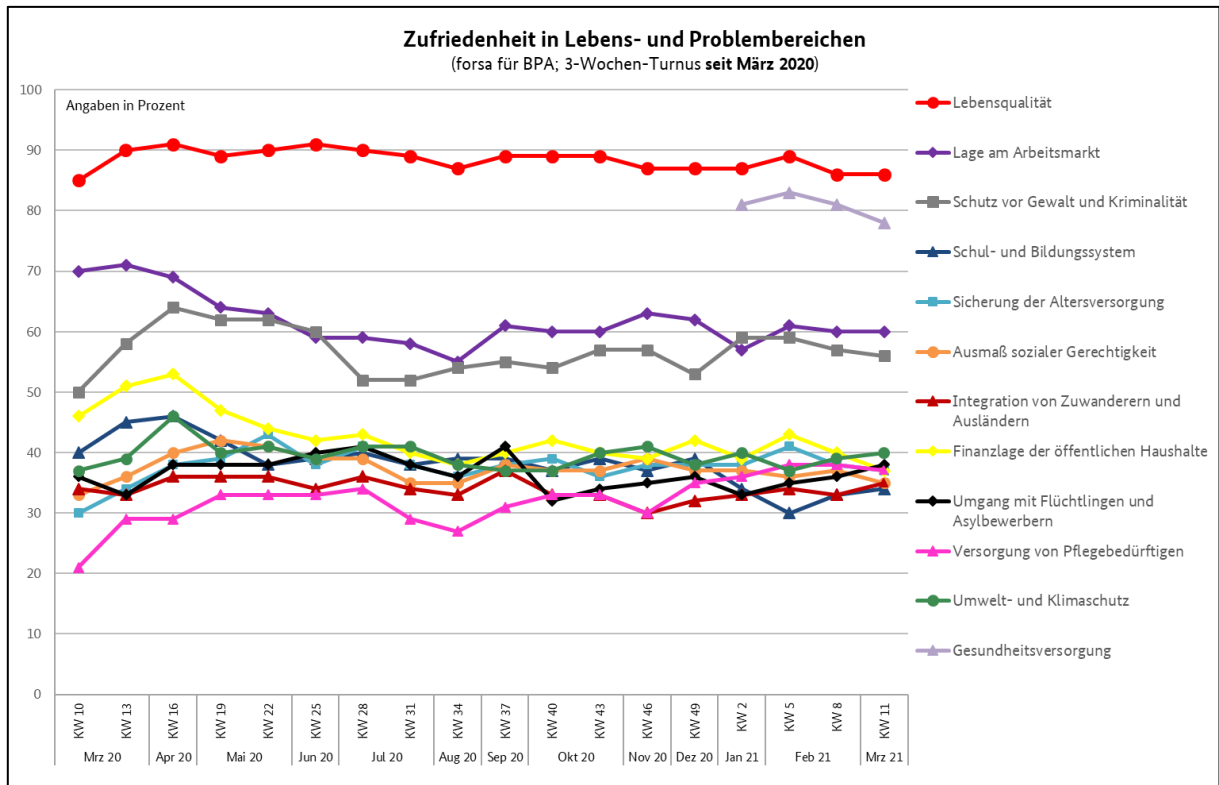
Anhänger der Grünen (71 %) sind überdurchschnittlich häufig (sehr) zufrieden mit der Lage am Arbeitsmarkt. Gutverdiener sind deutlich häufiger (sehr) zufrieden als Geringverdiener bzw. Personen mit mittlerem Einkommen (72 % zu 46 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (67 % zu 51 %), unter 45-Jährige häufiger als über 45-Jährige (71 % zu 54 %) und Männer häufiger als Frauen (66 % zu 54 %). Anhänger der AfD (56 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden mit der Lage am Arbeitsmarkt.

Anhänger der Grünen (71 %) und der Union (67 %) sind besonders oft (sehr) zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Unter 30-Jährige sind deutlich häufiger (sehr) zufrieden als über 60-Jährige (76 % zu 46 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (64 % zu 46 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener bzw. Personen mit mittlerem Einkommen (63 % zu 49 %). Ostdeutsche (54 %) und Anhänger der AfD (77 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität.

Anhänger der Grünen (82 %) und der Linkspartei (72 %) sind überdurchschnittlich häufig unzufrieden mit dem Umwelt- und Klimaschutz.

30- bis 44-Jährige (69 %) sind besonders oft unzufrieden mit der Versorgung von Pflegebedürftigen.

Ostdeutsche und Personen mit mittlerer formaler Bildung (jew. 72 %) sowie Anhänger der Linkspartei (88 %) und der AfD (78 %) sind überdurchschnittlich häufig unzufrieden mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit. Über 30-Jährige sind häufiger unzufrieden als unter 30-Jährige (67 % zu 50 %) und Geringverdiener bzw. Personen mit mittlerem Einkommen häufiger als Gutverdiener (71 % zu 61 %).



## Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

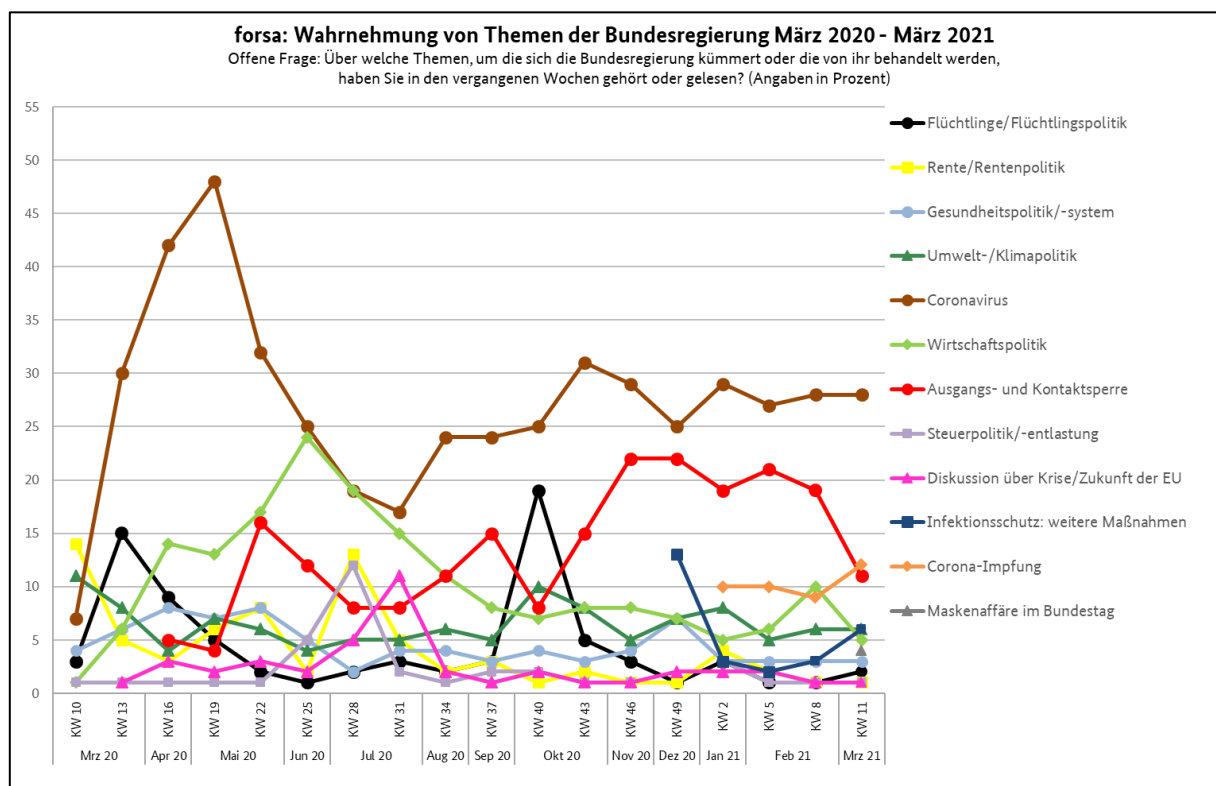
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 8

	forsa für BPA	
Coronavirus	28	(-)
Corona-Impfung	12	(+3)
Ausgangs- und Kontaktsperre	11	(-8)
Infektionsschutz: weitere Maßnahmen	6	(+3)
Umwelt-/Klimapolitik	6	(-)
Wirtschaftspolitik	5	(-5)
Maskenaffäre im Bundestag	4	(neu)
Erhebungszeitraum	08.-12.03.	

Das Coronavirus ist weiterhin das Thema, das die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben.

Im Vergleich zur letzten Erhebung hat die Ausgangs- und Kontaktsperre deutlich an Relevanz verloren (-8 Prozentpunkte).

Neu hinzugekommen ist das Thema "Maskenaffäre im Bundestag".



## Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	forsa für BPA
Coronavirus	59 (+1)
Wahlen/Wahlkämpfe in Deutschland	33 (+24)
Corona-Impfung	18 (-)
Ausgangs- und Kontaktsperre	7 (-2)
Maskenaffäre im Bundestag	7 (-8)
Probleme mit AstraZeneca-Impfung	6 (neu)
Erhebungszeitraum	15.-17.03.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit dem Coronavirus.

Das Thema "Wahlen/Wahlkämpfe in Deutschland" hat im Vergleich zur Vorwoche deutlich an Relevanz gewonnen. Überdurchschnittlich häufig wird es von Anhängern der FDP (47 %) genannt. Gutverdiener erwähnen das Thema häufiger als Geringverdiener bzw. Personen mit mittlerem Einkommen (40 % zu 26 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (38 % zu 15 %) und Westdeutsche häufiger als Ostdeutsche (35 % zu 18 %).

Neu hinzugekommen ist das Thema "Probleme mit AstraZeneca-Impfung".

